

Prof. Dr. Bodo Zeuner

Lieber Gottfried Dolinski,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für Eure ausführliche und zugewandte Reaktion auf unseren Offenen Brief, mit dem wir unsere Besorgnis über die Gefahr von Ausschlüssen aus der IG Metall ausdrücken.

Natürlich können wir nicht im Namen aller Unterzeichner antworten, aber vieles ergibt sich schon aus dem Text unseres Briefs.

Eine genaue und unvoreingenommene Lektüre hätte Euch eigentlich davon abhalten können, uns vorzuwerfen, wir hätten zu Solidarität, gar zu „bedingungsloser“, mit einer bestimmten Gruppe in der Auseinandersetzung bei Daimler Berlin aufgerufen. Oder wir hätten diese Gruppe als kämpferisch hervorgehoben und damit die andere Seite abgewertet. Wir haben überhaupt nicht Partei ergriffen, sondern lediglich darauf hingewiesen, dass ein Motiv für die konkurrierende Liste die Unzufriedenheit vieler Kolleginnen und Kollegen mit einem als zu kooperativ angesehenen Kurs der Betriebsratsspitze war. Das aber wollt ihr doch wohl nicht bestreiten?

Unser Anliegen war und ist ein ganz anderes: Differenzen wie diese dürfen nicht mit Ausschlüssen sanktioniert werden, weil das demokratisch nicht legitim ist und weil es die Gewerkschaft schwächt. (Wir wissen auch, dass der satzungsgemäße Name des Verfahrens nicht „Ausschlussverfahren“, sondern „Untersuchungsverfahren“ lautet, aber das ändert nichts daran, dass dieses Verfahren auf einen Ausschluss als Ergebnis hinauslaufen kann – so haben es die Antragsteller gewollt und so hat es die Berliner Kommission mit Mehrheit inzwischen auch empfohlen. Ein Verfahren, das mit der Höchststrafe „Ausschluss“ enden kann, darf man doch wohl „Ausschlussverfahren“ nennen – genauso wie ein Strafprozess „Strafprozess“ heißt, obwohl der Angeklagte auch freigesprochen werden kann.)

In zwei Punkten bestehen aus unserer Sicht tatsächlich Differenzen zwischen Eurer und unserer Einschätzung:

1. zum Thema Personenwahl: Wir meinen in der Tat, dass in Großbetrieben die Personenwahl nicht optimal ist, und dass diese Personenwahl im übrigen auch nicht durch den gewerkschaftlichen Beschluss für eine einheitliche gewerkschaftliche Liste garantiert werden kann, weil kleine Gruppen außerhalb der Gewerkschaft durch eigene Kandidaturen eine Listenwahl erzwingen können. Mehrheitsbeschlüsse „für Personenwahl“ der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper sind deshalb von zweifelhaftem Wert. Es besteht immer die Gefahr, dass dabei die Rechte und Chancen von Minderheiten übergangen werden. – Und wenn die Minderheit dann den Weg einer eigenen Kandidatur geht, dann ist das keineswegs mit einem Solidaritätsbruch in einer Tarifaueinandersetzung gleichzusetzen.
2. zur Unterscheidung zwischen eher konfliktbereiten und eher sozialpartnerschaftlich oder auf Co-Management orientierten Betriebsräten und Betriebsratsmitgliedern: Diese Bezeichnungen verwenden wir nicht als Etikett, das man anderen aufkleben kann. Aber wir wissen, dass es auch für das alltägliche Handeln einen Unterschied macht, ob man an die Aufgabenerfüllung als Betriebsrat mit der Überzeugung herangeht, dass letztlich das Wohl des Unternehmens auch das Wohl der Belegschaft ist, oder mit der Einschätzung, dass ein dauerhafter Interessenkonflikt auszutragen ist. – Bei denjenigen von Euch, die wir kennen, sind wir sicher, dass sie das auch wissen. – Aber über die von Euch aufgeworfene Frage, wie

eine konfliktbereite und entschiedene Interessenvertretungspolitik heute aussehen könnte, wollen wir gern mit Euch diskutieren – nur hat das nichts mit dem Anliegen unseres Offenen Briefes zu tun: Dieses Anliegen heißt nämlich: Solche Fragen und Differenzen dürfen in einer demokratischen Gewerkschaft nicht mit dem Mittel des Ausschlusses (oder Funktionsverbots) „gelöst“ werden.

In diesem Punkt sind wir uns erfreulich einig: Wir verstehen Euer Bekenntnis zu einer konstruktiven Lösung unter Mitwirkung aller am Konflikt Beteiligten als Aufforderung an die IG Metall, niemanden von der Beteiligung an solchen Lösungen auszuschließen.

Mit solidarischen Grüßen

Kirsten Huckenbeck
Bodo Zeuner